

Titel	Statusfeststellungsverfahren von pädagogischem Personal auf Honorarbasis in der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung/Weiterbildung		
AntragstellerInnen	Jusos Halle		
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress,	SPD-Bundestagsfraktion,	SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt, SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> geändert angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Statusfeststellungsverfahren von pädagogischem Personal auf Honorarbasis in der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung/Weiterbildung

Empfänger: Der/Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

- 1 In der deutschen Weiterbildungsbranche gibt es aktuell geschätzt 691.000 Beschäftigte –
- 2 darunter 530.000 Lehrende. In fast keiner anderen Branche in Deutschland ist der Anteil
- 3 Beschäftigter mit einem Normalarbeitsverhältnis so gering wie in der Weiterbildung. Mit
- 4 geschätzten 190.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten beträgt deren Anteil
- 5 gerade einmal 28 Prozent. Dagegen arbeiten 393.000 Personen als Honorarlehrkräfte.
- 6 Im Teilbereich der öffentlich geförderten Aus- und Weiterbildung nach den Sozialgesetz-
- 7 büchern SGB II/III, liegt der Anteil der Honorarlehrkräfte bei ca. 50 Prozent bzw. bei ca.
- 8 32-35.000 Personen.
- 9 Honorarlehrkräfte sind verpflichtet, unter anderem Rentenversicherungsbeiträge zu
- 10 zahlen (siehe Sozialgesetzbuch VI § 2, Satz 1: „Versicherungspflichtig sind selbständig tä-
- 11 tige Lehrer und Erzieher, die im Zusammenhang mit ihrer selbständigen Tätigkeit regel-
- 12 mäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen“). Dennoch kommen
- 13 viele der Honorarlehrkräfte dieser gesetzlichen Pflichtleistung nicht umfänglich nach,
- 14 weil sie allein schon vom gezahlten Honorar in diesem Bildungssektor allein nicht le-
- 15 ben können. Honorare in Höhe von 20-30 Euro pro Unterrichtseinheit liegen inzwischen
- 16 weit unterhalb des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Um dieser negativen Ent-
- 17 wicklung entgegenzuwirken, die Honorarlehrkräfte z.B. für möglichen horrenden Ren-
- 18 tenbeitragsnachzahlungen auch und insbesondere vor Renteneintritt zu schützen, ist es
- 19 neben einem gesetzlich festgeschriebenen Mindesthonorar, zwingend notwendig, dass
- 20 deutlich mehr Statusfeststellungen vorgenommen werden.

21 Die Jusos Halle fordern dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Rahmenbedingungen
22 geschaffen werden, welche die Deutsche Rentenversicherung, die Bundesagentur für
23 Arbeit sowie weitere Finanzgeber von Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungsmaß-
24 nahmen verpflichten, regelmäßig, z. B. zweimal im Jahr, ein sogenanntes Statusfeststel-
25 lungsverfahren bei allen Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungsträgern sowie Ein-
26 richtungen der beruflichen Rehabilitation, runtergebrochen in alle Regionen, über den
27 Einsatz der freiberuflich Tätigen auf Scheinselbständigkeit durchzuführen und ggf. Ver-
28 stöße zu ahnden.

29 *Begründung*

30 Erfolgt mündlich.